

Präventionsmaßnahmen von Gewalt gegen Rettungskräfte

Abstract von Maya-Lena Urban, H1

In meiner Facharbeit befasse ich mich mit Gewalt gegen Rettungskräfte und der Frage, wie ihre Sicherheit im Einsatz durch geeignete Präventionsmaßnahmen verbessert werden kann. Mich beschäftigt, dass Gewalt – von Beschimpfungen bis hin zu körperlichen Angriffen – für viele Einsatzkräfte zum Alltag geworden ist, obwohl sie eigentlich da sind, um Menschen zu helfen. Dieser Widerspruch, dass Helfer immer häufiger selbst zu Opfern werden, ist der Kern der Problemstellung. Besonders kontrovers ist dabei der Konflikt zwischen der gesetzlichen Pflicht zur Hilfeleistung und dem Recht auf Eigenschutz, denn Rettungskräfte sollen einerseits jederzeit Hilfe leisten, dürfen sich andererseits aber nicht selbst in Gefahr bringen. Ich wollte verstehen, warum die Gewalt zunimmt, welche Formen sie annimmt und welche Schutzmöglichkeiten es bereits gibt – sowie wo noch Lücken bestehen.

Ich habe dieses Thema gewählt, weil ich den Rettungsdienst als wichtigen Teil der Daseinsvorsorge sehe und die steigende Zahl von Angriffen auf Einsatzkräfte als erschreckend empfinde. Berichte über Beleidigungen, Drohungen und körperliche Übergriffe haben mich nachdenklich gemacht, da sie nicht nur körperliche, sondern auch psychische Folgen für die Betroffenen haben können. Außerdem habe ich den Eindruck, dass im Vergleich zu medizinischem Fachwissen Themen wie Gewaltprävention, Selbstschutz und Deeskalation in der Ausbildung oft zu kurz kommen. Mir war wichtig herauszuarbeiten, dass gute medizinische Versorgung und sichere Arbeitsbedingungen für Einsatzkräfte zusammengehören.

Die Recherche zeigt, dass die Zahl der Gewalttaten gegen Feuerwehr und Rettungsdienst von 2018 bis 2023 nahezu durchgehend gestiegen ist und 2023 einen Höhepunkt erreicht hat. Besonders stark betroffen ist der Rettungsdienst, der deutlich häufiger angegriffen wird als die Feuerwehr. Der Rückgang im Jahr 2020 lässt sich vermutlich mit den Einschränkungen während der Corona-Pandemie und dem Lockdown erklären. Zudem gibt es deutliche regionale Unterschiede: Nordrhein-Westfalen verzeichnete 2023 die meisten Fälle, während Bremen vergleichsweise wenige Übergriffe meldete. Damit wird klar, dass Gewalt gegen Rettungskräfte kein Einzelfall ist, sondern ein strukturelles Problem.

Gewalt äußert sich im Rettungsdienst in unterschiedlichen Formen, die nicht immer auf den ersten Blick sichtbar sind. Den größten Anteil macht verbale und psychische Gewalt aus, etwa Beleidigungen, Drohungen und abwertende Gesten, die Einsatzkräfte gezielt herabsetzen und einschüchtern sollen. Körperliche Gewalt – wie Bespucken, Schubsen, Treten, Schlagen oder das Eindringen in den Rettungswagen – tritt zwar seltener auf, ist dafür aber besonders belastend. Hinzu kommt Sachbeschädigung, etwa an Fahrzeugen oder Schutzausrüstung, die Einsätze erschwert oder gefährlicher macht. Die gefährlichste Form stellt der Einsatz von Waffen dar, zum Beispiel Messer, Schusswaffen oder Kanülen, die zugleich ein Infektionsrisiko darstellen. Insgesamt zeigt sich, dass Gewalt sowohl körperliche als auch psychische Dimensionen hat und das Sicherheitsgefühl der Rettungskräfte dauerhaft beeinträchtigen kann.

Rechtlich bewegen sich Einsatzkräfte in einem Spannungsfeld zwischen Hilfeleistungspflicht und Eigenschutz. Paragraph 323c Strafgesetzbuch verpflichtet zur Hilfeleistung in Notlagen, macht aber deutlich, dass diese Pflicht nur gilt, solange die eigene Sicherheit gewährleistet ist. Im Falle eines drohenden oder konkreten Angriffs darf die Versorgung zurückgestellt werden, bis die Polizei den Einsatzort gesichert hat. Paragraph 32 Strafgesetzbuch regelt das Recht auf Notwehr und erlaubt eine angemessene Verteidigung gegen rechtswidrige Angriffe, wobei das mildeste geeignete Mittel zu wählen ist. Damit wird klar, dass Rettungskräfte Gewalt nicht einfach hinnehmen müssen, aber auch nicht wie eine klassische Ordnungskraft handeln sollen. Hilfsmittel wie Pfefferspray oder Taser sind aus rechtlichen und sicherheitstechnischen Gründen nicht zugelassen, da sie zusätzliche Risiken bergen.

Im Bereich der Prävention zeigt sich, dass bereits eine Reihe von Maßnahmen existiert, diese jedoch noch nicht ausreichen, um das Problem grundsätzlich zu lösen. Auf gesellschaftlicher und institutioneller Ebene gibt es Kampagnen wie „GewaltAngehen“ der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung, die auf Respekt gegenüber Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufmerksam machen und betroffene Einsatzkräfte unterstützen. In vielen Bundesländern wird zudem stärker darauf geachtet, dass Täter konsequent strafrechtlich verfolgt werden, und es werden höhere Strafen für Angriffe auf Rettungskräfte diskutiert. Auf organisatorischer Ebene gehören Schutzwesten, die etwa in Bayern und Teilen von Nordrhein-Westfalen eingeführt wurden, sowie der Einsatz von Bodycams zu den Versuchen, Übergriffe zu verhindern oder besser zu

dokumentieren. Ein fester Bestandteil des Schutzkonzepts sind Notrufknöpfe an Funkgeräten, über die Rettungskräfte schnell Hilfe anfordern können, sowie in manchen Städten spezielle Notfallschalter zur direkten Alarmierung der Polizei.

Eine wichtige Rolle spielt die strukturierte Erfassung von Vorfällen. In Nordrhein-Westfalen wurde dafür das IMEG-Portal eingeführt, ein Meldesystem, in dem Einsatzkräfte verbale, nonverbale, körperliche und gegen Sachen gerichtete Gewalt dokumentieren können. Diese Dokumentation verhindert Gewalt zwar nicht unmittelbar, schafft aber die Grundlage, um Taten zu verfolgen, Muster zu erkennen und Präventionsmaßnahmen gezielt zu verbessern. Sie trägt dazu bei, dass Gewalt nicht bagatellisiert, sondern sichtbar gemacht und ernst genommen wird.

Ein Schwerpunkt meiner Arbeit liegt auf den Maßnahmen, die direkt bei den Rettungskräften ansetzen. Viele Dienste bieten freiwillige Schulungen zu Gewaltprävention, Deeskalation und Selbstverteidigung an, zum Beispiel Krav-Maga-Kurse oder Anti-Aggressionstrainings. Ziel ist es, gefährliche Situationen frühzeitig zu erkennen, eigene Grenzen zu wahren und sich im Notfall verteidigen zu können. Ebenso wichtig ist eine aufmerksame Wahrnehmung der Einsatzumgebung: Fluchtwege freihalten, sich nicht in Sackgassen drängen lassen, gefährliche Gegenstände identifizieren und, wenn möglich, entfernen. Ein professionelles Auftreten mit ruhiger, respektvoller und klarer Kommunikation kann dazu beitragen, Situationen zu beruhigen, bevor sie eskalieren. Durch gezielte Gesprächsführung, transparente Erklärungen und eine angemessene Körpersprache lassen sich viele Konflikte entschärfen.

In meinem Fazit komme ich zu dem Schluss, dass es zwar bereits zahlreiche Maßnahmen und Ansätze gibt, diese aber noch nicht umfassend genug sind. Aus gesellschaftlicher Sicht braucht es mehr Aufklärung darüber, wann der Rettungsdienst wirklich zuständig ist und welche Alternativen es gibt, etwa Hausärzte oder den kassenärztlichen Notdienst. Dadurch ließen sich falsche Erwartungen und Frustration reduzieren, die häufig in Aggression gegenüber Einsatzkräften umschlagen. Innerhalb des Rettungsdienstes sollte Gewaltprävention einen deutlich größeren Stellenwert in Aus- und Fortbildung erhalten. Schulungen zu Selbstschutz, Deeskalation, Kommunikation und rechtlichen Grundlagen sollten nicht nur freiwillig, sondern in regelmäßigen Abständen verpflichtend stattfinden und durch praktische Fallbeispiele ergänzt werden. So könnten Rettungskräfte lernen, Gefahrensituationen früh zu erkennen, angemessen zu reagieren und im Ernstfall wirksam für ihre eigene Sicherheit zu sorgen. Langfristig kann Gewalt gegen Rettungskräfte nur dann wirksam eingedämmt werden, wenn gesellschaftliche Haltung, rechtliche Rahmenbedingungen, organisatorische Schutzmaßnahmen und das Verhalten der Einsatzkräfte im Alltag zusammenwirken.

Quellenverzeichnis:

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1267434/umfrage/gewalt-gegen-feuerwehr-und-rettungsdienste/>

<https://www.sicherer-rettungsdienst.de/rettungswache/taetigkeiten/studie-gewalt-gegen-einsatzkraefte>

[https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2023/12/DFV-DGUV-Umfrage\\_zu\\_Gewalt\\_gegen\\_Einsatzkraefte\\_Kernaussagen\\_231228.pdf](https://www.feuerwehrverband.de/app/uploads/2023/12/DFV-DGUV-Umfrage_zu_Gewalt_gegen_Einsatzkraefte_Kernaussagen_231228.pdf)

[https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_323c.html](https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_323c.html)

[https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/\\_32.html](https://www.gesetze-im-internet.de/stgb/_32.html)